

BE: SCHÖCHL

Nr. der Beilagen zum stenographischen Protokoll des Salzburger Landtages
(4. Session der 17. Gesetzgebungsperiode)

Antrag

der Abg. KO-St. HR Prof. Dr. Schöchl, Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf und Leitner betreffend Neuausrichtung der EU-Kohäsionspolitik

Die EU-Regionalpolitik zielt auf eine Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft ab. Im Mittelpunkt stehen die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Gründung neuer Unternehmen, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und eine nachhaltige Entwicklung. Die Kohäsionspolitik macht rund ein Drittel des Budgets der Europäischen Union aus und zählt damit neben der Agrarpolitik zu den größten Förderposten. Für die aktuelle Förderperiode von 2021 bis 2027 stellt die EU rund 392 Milliarden Euro dafür bereit, Österreich erhält rund 1,3 Milliarden Euro, die über verschiedene Programme und Fonds direkt den Regionen zugute kommen.

Geht es nach den Plänen der EU-Kommissions soll es künftig Fördertöpfe geben, in denen mehrere Fonds zusammengefasst sind. Die Fördermittel sollen laut einem Entwurf der Kommission nicht mehr direkt an die Regionen gehen, sondern von den nationalen Regierungen verteilt werden. Durch die geplanten Änderungen ist nicht ein weniger, sondern ein mehr an Verwaltungsaufwand zu erwarten. Dieser Anschlag auf den Förderalismus ist nicht einfach so hinzunehmen. Regionen und Bundesländer brauchen auch künftig Mitsprache bei der Verhandlung, Gestaltung und Umsetzung der Kohäsionspolitik. Die Regionen selbst können am besten entscheiden, wofür das Geld in den Regionen da sein sollte, weil sie am nächsten an den Menschen sind.

Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union muss daher auch im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) als eigenständiger Politikbereich mit ausreichender Mittelausstattung erhalten bleiben. Eine Zusammenlegung mit anderen EU-Finanzinstrumenten oder eine stärkere Zentralisierung würde die regionale Zielgenauigkeit und Wirksamkeit der Programme massiv schwächen. Der Mittelanteil muss auch in Zukunft mindestens dem Anteil der entsprechenden EU-kofinanzierten Programme in der Periode 2021-2027 entsprechen. Wichtig ist auch, dass die regionale Kohäsionspolitik nicht nur über Strukturschwäche definiert wird, auch für wirtschaftsstarke und industrialisierte Regionen muss die Kohäsionspolitik zugänglich sein, um die Akzeptanz der Europäischen Union auf breiter Ebene zu sichern.

Einschränkungen der Kompetenzen der Regionen bei Planung, Umsetzung und Mittelallokation sowie ein Abgehen von den bewährten Prinzipien der partnerschaftlichen Regionalentwicklung sind klar abzulehnen, vielmehr muss die aktive inhaltliche, strategische und finanzielle Mitwirkung der Regionen inklusive Umsetzungsverantwortung auch künftig sichergestellt sein.

Wichtig ist zudem, dass die administrativen Anforderungen bei Planung, Umsetzung und Kontrolle der Programme weiter reduziert werden. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass Vereinfachungsmaßnahmen nicht zu einer Schwächung regionaler Gestaltungsspielräume führen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, sich in den Gremien der Europäischen Union mit Nachdruck für eine EU-Kohäsionspolitik, wie in der Präambel skizziert, einzusetzen.

Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 25. März 2026

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Leitner eh.

HR Prof. Dr. Schöchl eh.